

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN

UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 06/16

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim

Tel. 0208 - 3899810

Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Ungewisse Zeiten in Mülheim, Deutschland und EU

Bundesverdienstkreuz für Mülheimer Müllmänner?

Drei Mülheimer Müllwerker sahen den vierjährigen Eden von außen am Fensterbrett im 2. Stock hängen. Als den Jungen die Kräfte verließen, fing einer der Männer ihn auf. **Ein wahres Wunder!** Bogdan Wilda und seine Kollegen Dennis Reichelt und Friedhelm Kuhles, allesamt Müllwerker bei der MEG, waren gerade auf ihrer Tour entlang der Aktienstraße und holten Mülltonnen aus den Kellern, als sie eine Kinderstimme rufen hören: „Feuerwehr! Feuerwehr!“ Wie ist es dem Müllwerker bloß gelungen, den Jungen aufzufangen? Der bärtige Bogdan Wilda zuckt mit den Schultern und zeigt verschmitzt auf seinen Bauch – dieser hat den Sturz wohl abgefedert. „Es ist so schnell gegangen“, sagt er. Irgendwie habe er das Kind zu fassen bekommen – und schließlich sei alles gut gegangen. Nur das zähle in diesem Moment, da sind sich die drei Schutzengel in den orangefarbenen MEG-Latzhosen einig.



Das Ruhrgebiet als Armenhaus der Republik?

Wenn es um Wirtschaftskraft und Lebensqualität geht, hinken viele Regionen in NRW dem Süden Deutschlands hinterher. Das geht aus dem „Zukunftsatlas 2016“ des Prognos-Instituts hervor. Immerhin: Düsseldorf landet in den Top 25. Besonders in den Ruhrgebietsstädten Duisburg, Oberhausen, Gelsenkirchen und Herne sehen die Experten hohe Risiken für die Zukunft. Entsprechend landet zum Beispiel Duisburg weit abgeschlagen auf Platz 363 des Rankings – untersucht wurden 402 kreisfreie Städte und Kreise in Deutschland. Auch Krefeld, Remscheid und Solingen landen auf den hinteren Plätzen (Plätze 335, 325 und 324). Zu den Absteigern gehört zudem Mülheim an der Ruhr, das im Vergleich zum letzten Ranking ganze 114 Plätze (!) verliert und nur noch knapp vor Herne liegt!

Schlaf- und Schläferstadt Mülheim?

Der vom SEK Anfang Juni auf der Wallstr. festgenommene mutmaßliche IS-Terrorist, der Syrer Mahood B. (25), wohnte seit Ende 2015 in der Flüchtlingsunterkunft an der Gustavstraße in Styrum, die aus 42 Wohnungen in der Größe zwischen 50 und 100 qm besteht und von der städtischen Wohnungsgesellschaft SWB für die Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt wurde. Ende 2014 zogen die ersten Familien und Einzelpersonen dort ein. Der Kommunale Soziale Dienst, aber auch viele Ehrenamtliche kümmern sich seitdem rund um die Uhr um die Menschen dort, die weitgehend selbständig ihren Alltag planen und leben. Für die Stadt ist es ein Vorzeigeprojekt, das bundesweit auf großes Medienecho gestoßen ist. Mahood B. steht im Verdacht, zusammen mit Komplizen im Auftrag des „Islamischen Staates (IS)“ einen Anschlag auf die Düsseldorfer Altstadt geplant zu haben.

Da wird noch viel Aufklärungsarbeit auch in Mülheim vonnöten sein!

Auf den folgenden Seiten:

- Autofreie Innenstadt in Mülheim in 10 Jahren? Luftnummer oder Zukunftsvision? S. 2
 - Hände weg vom Auberg, auch nicht scheibchenweise mit Salamitaktik! S. 3
 - Realschule Broich - Hilferuf einer sträflich vernachlässigten Schule S. 3
 - Bürgersteig in Speldorf für Radler freigegeben, nicht optimal, doch evtl. eine Verbesserung? S. 4
 - Viele Unterschriften gegen Markt-Verlegung. MBI fordern erneute Behandlung der Thematik S. 4
- Einlegeblatt:** Höhenrausch und Absturz der Angela M. und Flüchtlingspolitik bedroht EU-Zusammenhalt

Autofreie Innenstadt in Mülheim in 10 Jahren? Luftnummer oder Zukunftsvision?

Zur Zeit wäre wichtiger zu wissen, welches Baustellen-Szenario auf die Innenstadt zukommt!

Der Hauptartikel am Samstag, dem 28.5.16, in WAZ und NRZ hatte die Überschrift: "Autofreie Innenstadt lautet das Ziel". Der Artikel beginnt so: *"Weniger Autos, dafür deutlich mehr Fahrradfahrer und Fußgänger sieht Bau- und Planungsdezernent Peter Vermeulen in zehn Jahren in Mülheim."*

Auf fast 2 Seiten (Artikel auf der Vorderseite und Interview auf der Innenseite) wartet der Leser vergeblich auf konkretere Angaben, was mit "autofreier Innenstadt" gemeint sein könnte. Der Dezernent verweist lediglich mehrfach auf den sog. "Masterplan für die Entwicklung der Innenstadt". Dieser "Masterplan" wurde vor Jahren für ca. 100.000 € von einem Kölner Büro erstellt, das nicht gerade durch Ortskenntnis glänzte. Rechtfertigung für den Masterplan war, dass man ihn benötige, um Fördergelder beantragen zu können. Es sei dahin gestellt, ob das nicht auch anders möglich gewesen wäre, doch bisher dient der "Meisterplan" (eingedeutscht, haha) vornehmlich dazu, weitere Gelder auszugeben z.B. für einen überflüssigen Wettbewerb für einen "Masterplan Leineweberstr." sowie weitere Innenstadt-Gutachten etwa zu sog. "Stadteingängen".

Was aber in dem "Meisterwerk" für Zuschussbeantragung fehlt, ist ein schlüssiges Verkehrskonzept und damit auch eine wie auch immer geartete Vorstellung von einer zukünftig "autofreien Innenstadt". Der Dezernent beruft sich z.B. bei dem immer noch geplanten Abriss der Hochstraße Tourainer Ring auf den o.g. "Masterplan". Doch anstelle der kreuzungsfreien Hochstr. ist als "Ruhrbania Baulos 3" ein großer Kreisverkehr geplant, also nichts von autofrei.



Kurzum: Die vermurkste Mülheimer Verkehrsführung, die durch und für Ruhrbania noch schlechter wurde, wird durch die Ankündigung einer autofreien Innenstadt an keinem Punkt besser, an welchem auch. Auch der großzügige und teure Fahrradweg auf der stillgelegten Trasse der Rheinischen Bahn wird an der misslungenen Verkehrsführung wenig ändern können, selbst wenn er noch so gut angenommen wird. Also "autofreie Innenstadt" nur eine Luftnummer eher aus dem Arsenal der Ladenhüter der 80er und 90er Jahre?

Die MBI haben den "Masterplan Innenstadt" logischerweise seinerzeit abgelehnt und sie können weiterhin auch wenig Verbesserung durch das 12-Mio.-teure "Ruhrbania Baulos 3" erkennen.

Unabhängig von Zukunfts"visionen" einer autofreien Innenstadt, egal ob realistisch oder nur heiße Luft, ist den WAZ-Artikeln doch etwas Handfesteres bzgl. Innenstadt-Verkehr zu entnehmen.

Ab Juli soll nun der Kaufhof abgerissen werden, etwas später als angekündigt. Dann wird u.a. die Schollenstr. gesperrt. Es kommt also erneut große Verkehrsbehinderung und für etliche verbliebene Innenstadtkaufleute wieder Stress und Existenzbedrohung. Da bleibt natürlich die Hoffnung, dass nicht fast gleichzeitig die immer

wieder verschobene Rumbachkanalsanierung beginnt und damit Verkehrsbehinderung auch noch auf der Achse Dickswall/Essener Str.. Es ist bereits etwas unglücklich, dass gleichzeitig mit dem Kaufhof-Abriss der Werdener Weg als Verlängerung der Kaiserstr. stadtauswärts weiter gesperrt ist und dann auch noch die Heißener Str. von Eppinghofer bis Klöttchen. Man kann nur von Glück reden, dass Düsseldorf die Gelder für "Ruhrbania Baulos 3", d.h. Abriss Hochstr. Tourainer Ring und Ausbau Klöttchen für 2-Richtungsverkehr erneut nicht freigegeben hat. Es wäre nämlich unschwer sich vorzustellen,



welches Riesenchaos entstände, wenn gleichzeitig mit dem Kaufhof-Abriss die Rumbach-Sanierung und der Abriss der Hochstr. oder auch die Sperrung des Klöttchen (oder beides) begonnen würden.

Doch mit der Baustellenkoordination klappt das in Mülheim schon lange höchstens suboptimal. Leider vermisst man in dem Interview und dem Artikel mit dem Dezernenten dazu Aussagen. Nicht nur bedrohte Kaufleute inkl. dem Forum hätte das sicherlich brennend interessiert.

Hände weg vom Auberg, auch nicht scheibchenweise!

12.5.16: Der Beschluss zum Verkauf der Grundstücke im Landschaftsschutzgebiet am Aubergweg wurde bereits vor 2 Jahren gefasst, u.a. als Haushaltssicherungsmaßnahme, damals gegen erbitterten Widerstand leider nur der MBI und der Initiative „Hände weg vom Auberg“, die seinerzeit gegen den zerstörerischen Umbau des unweiten Fichtehofs kämpfte, mit arg enttäuschendem Nicht-Erfolg (s.u.). Dass nun die Bezirksvertretung einstimmig(!) den Grundstücksverkauf am Aubergweg dennoch ablehnte, ist begrüßenswert, wurde aber von den Ratsvertretern der beiden großen Parteien nicht berücksichtigt. Auch der WAZ-Artikel vom 18.5.16: „Mülheimer Rat lässt am Auberg bauen“, nachzulesen hier, will die Zusammenhänge nicht richtig darstellen, warum auch immer. Sie wurden im Rat aber von den MBI, der FDP und den Grünen angesprochen. Deshalb im folgenden zur Erinnerung:



Der Auberg ist ein wichtiges und weit über Mülheims Grenzen hinaus sehr beliebtes Naherholungsgebiet

Ende der 70er Jahre gab es eine sehr starke BI „Rettet den Auberg“, die schließlich eine Änderung des Flächennutzungsplans durchsetzen konnte. Danach wurden weitere einst am Auberg geplante Wohn- und Gewerbeflächen aus dem FNP endgültig herausgenommen.



Dann aber drohte Mitte 2013 mit der Umwidmung des ehemaligen Fichtehofs zu einem riesigen Reiterhof der Wiedereinstieg in die weitere Bebauung des Auberg über Salamataktik. Im Juli 2013 gründete sich deshalb die BI „Hände weg vom Auberg“ neu! Eine Erklärung zum Schutz des Auberg wurde verabschiedet und an den Rat der Stadt verschickt. Doch im Sept. 13 wurde der **Riesenreiterhof am Auberg genehmigt, auch wegen Mutlosigkeit von Rat und Landschaftsbeirat!** Die MBI schrieben damals: *„Schon wieder eine Hiobsbotschaft für die verbliebenen Restschönheiten Mülheims! Der Riesenreiterhof an der Voßbeckstr. war leider nicht zu verhindern. Auch der Vorsitzende des Landschaftsbeirats sah das angeblich ähnlich. Ein Armutszeugnis!“*

Die MBI sahen das anders als die Verwaltung, dass nämlich quasi höhere Gewalt im Spiel sei, gegen die die Stadt machtlos sei, selbst wenn sie es anders wolle. Landschafts- und Naturschutz sowie die Erhaltung des beliebten Naherholungsareals Auberg werden durch einen Reiterhof dieser Dimension, einen Gewerbebetrieb an der Stelle des ehemaligen rein landwirtschaftlichen Fichtehofs stadtunverträglich beeinträchtigt. Unabhängig davon muss man auch bedenken, dass ein solcher Großreiterhof die vielen bestehenden kleineren im Mülheimer Stadtgebiet, insbesondere in Saarn etc., gefährden wird.

Deshalb stellten die MBI den Antrag an den Stadtrat, dem Landschaftsbeirat am 10.10.13 zu empfehlen, den geplanten Riesenreiterhof am Auberg in seiner geplanten Dimension abzulehnen. Dem stimmten einzig die MBI zu, denn Grüne und SPD behaupteten, das sei eine Bevormundung des Landschaftsbeirats. Da der aber dem Projekt dann mehrheitlich zustimmte, war alles gegessen. Die Verwaltung behauptete einfach, nach § 35 müsse genehmigt werden, was aber nicht so sein muss, auch nicht nach § 35.

Realschule Broich - Hilferuf einer sträflich vernachlässigten Schule

In der Städtischen Realschule Broich in Mülheim fand Ende Mai eine Gesprächsrunde zum Zustand der Schule statt. Gut eine Stunde lang schilderten in einer abendlichen Runde Lehrer, Eltern und Schüler der Realschule, unter welchen extremen Bedingungen Unterricht seit Jahren stattfinden muss. „Die Bedingungen sind nicht mehr tragbar“, sagt Schulleiter Wolfgang Dahmen. Und: „Das haben Schüler einfach nicht verdient.“ Es mangelt an vielem in einer Schule, die sich allerdings großer Beliebtheit erfreut. Im WAZ-Bericht dazu: *„Hilferuf einer Schule“* war u.a. zu lesen: *„Die Politiker sind geschockt und wollen helfen.“* Das hört sich gut an, aber unglaublich: Haben sie doch erst im April mit großer Mehrheit den MBI-Antrag abgebugelt, die RS Broich in der Prioritätenliste des Sanierungsprogramms der Stadt ganz nach oben zu setzen!



Bürgersteig in Speldorf für Radler freigegeben? Nicht optimal, doch eventuell eine Verbesserung!?

Einige Aufregung gab es zuletzt in Speldorf, weil Radfahren auf dem Bürgersteig zwischen Karlsruher Str. und Akazienallee erlaubt werden soll. **Vorab zum Hintergrund:**

1998 wurde beschlossen, die Straßenbahnschienen auf der Duisburger Str. zwischen Karlsruher/Ruhrorter Str. und Akazienallee in die Mitte der Fahrbahn zu verlegen. Doch die grüne Dezernentin Sander und ihr Dezernat verpennte die Umsetzung inkl. der Beantragung von Fördermitteln. 2004, als die DVG drohte, die stark sanierungsbedürftige StraBa-Strecke in Mülheim stillzulegen, leitete man hektisch das nötige Planfeststellungsverfahren ein und beantragte Fördermittel. Die Antwort aus Düsseldorf ging so: Maßnahme macht großen Sinn, da aber viel zu spät beantragt, wären Fördermittel (ca. 80 %) vor 2017 oder später nicht mehr möglich. So kam es, dass Mülheim die gesamte überfällige Sanierung der 901 auf Mülheimer Stadtgebiet zwischen Monning und Schloss Broich zu 100% selbst bezahlen musste. Sie tat dies in mehreren Teilstücken, abhängig davon, wo die Schienen am stärksten kaputt waren. Teurere Maßnahmen wie die o.g. Verlegung der Schienen waren nicht mehr möglich, denn die Stadt musste insgesamt bereits zwischen 10 und 20 Mio. hinblättern wegen der Unfähigkeit der Stadtplaner.

Bekanntermaßen ist der Fahrradweg in beide Richtungen zwischen Karlsruher Str. und Saarner Str./Akazienallee seit vielen Jahren gefährlich und unfallträchtig auch wegen der parkenden Autos zwischen Radweg und Autospur. Das wäre nur richtig zu verbessern gewesen, wenn stadtauswärts Radfahren zwischen Bürgersteig und Schienen ermöglicht worden wäre. Das aber wurde verpennt, s.o.. So hat die Verwaltung nun 2015/6 endlich versucht, eine nicht optimale, aber vielleicht doch leichte Verbesserung zu finden. Das ganze wurde im Nov. 2015 in der BV 3 auch fast einstimmig befürwortet. Man wird sehen bzw. muss hoffen, ob das funktionieren wird.

Auf der Verlängerung der Duisburger Str. stadtauswärts zwischen Akazienallee und Monning jedenfalls funktioniert das seit 5 Jahren ganz gut.



Natürlich muss man beanstanden, dass vor Jahren, als mit der Sanierung der Schienen auch die Wartehäuschen errichtet wurden, nicht bereits an das Problem des Fahrradwegs gedacht wurde, so dass heute die Häuschen wieder verkleinert werden müssen. Doch das fiel noch in die Sander-Ära, in der Vieles nicht besonders gut lief und z.T. irreparable Schäden hinterließ.

Protest gegen Markt-Verlegung sammelte viele Unterschriften. MBI fordern erneute Behandlung der Thematik

Ein dicker Stapel Unterschriften gegen die Verlegung des Wochenmarktes von der Schloßstraße, **darunter ca. 30 mit Geschäftsstempel von Betrieben auf der Schloßstr.**, wurde Anfang Juni vorgelegt. Das kann die Stadtpolitik nicht einfach ignorieren. Die Mülheimer Innenstadt ist zu sehr angeschlagen, als dass man diesen Protest einfach aussitzen könnte. Dennoch weigerte sich die WAZ, darüber erneut zu berichten. Sie ließ einzig die auswärtige Marktgilde zu Wort kommen. **Ein bedenklicher Journalismus!**

Im Text zur Unterschriftenliste ist u.a. zu lesen: „*Es ist nicht nachzuvollziehen, warum die Politik ohne Rücksicht und Einbeziehung der Hauptbeteiligten, der Markthändler und der Marktkunden, beschließt, den Wochenmarkt auf den Rathausplatz zu verlegen! Die Werbegemeinschaft Innenstadt WGI, allen voran Herr Pogge (sein Geschäft ist in der Nähe des Rathausplatzes) verkündet, der größte Teil der WGI-Mitglieder halte den Standort Rathausmarkt für richtig ... fragt man die meisten Unternehmer der Innenstadt, kann diese Behauptung nicht aufrechterhalten werden!*“

Zur Erinnerung: Nichtöffentlich und per überfallartiger Tischvorlage beschlossen SPD, CDU, FDP und Grüne, den Wochenmarkt an die Marktgilde zu vergeben, obwohl die bisherigen Markthändler heute deutlich mehr an Standgebühren zahlen, als die Marktgilde das tun wird. **Unabhängig davon, wie sinnvoll und zukunftsfähig eine Rückverlegung des Marktes auf den Rathausplatz ist, ist diese Art und Weise indiskutabel. Die MBI werden von Verwaltung und Politik in öffentlicher Sitzung Antworten verlangen zur Frage, wie die übergangenen Markthändler und -kunden sowie die vielen Geschäftsleute auf der Schloßstr., wieder einbezogen und beteiligt werden können und sollen.**

M ü l h e i m e r B ü r g e r - I n i t i a t i v e n



Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr
Telefon: 0208-3899810
Telefax: 0208-3899811

M B I

e - m a i l : f r a k t i o n @ m b i - m h . d e

h t t p : / / w w w . m b i - m h . d e



Höhenrausch und Absturz der Angela M. Schon vergessen?

Vor genau 1 Jahr fand das große G7-Gipfeltreffen in Elmau in den bayrischen Alpen statt mit Angela Merkel nicht nur als stolzer Gastgeberin, sondern auch als tonangebendem Star des Treffens der bedeutendsten Staatenlenker der Erde unter Ausschluss allerdings des Autokraten Putin.

Wikipedia: „Der G7-Gipfel 2015 fand am 7./8. Juni 2015 auf Schloss Elmau statt. Vorbereitende Arbeiten in der Umgebung des Hotels wurden bereits ab 2014 durchgeführt. Straßen wurden asphaltiert und mit Straßengraben versehen, ein



Hubschrauberlandeplatz angelegt und vieles mehr. Um den Tagungsort wurde eine 8 km lange Sicherheitszone errichtet und es wurde der Einsatz von etwa 20.000 Polizisten vorgesehen. Die Kosten des Gipfels, ursprünglich durch die bayerische Landesregierung mit 130 Millionen Euro veranschlagt, betrugen nach Schätzungen des Präsidenten des Bundes der Steuerzahler in Bayern 360 Millionen Euro.“

Beim Elmau-Gipfel war die deutsche Kanzlerin auf dem absoluten Zenit ihrer Macht, wie kein deutscher Kanzler jemals davor.

Sie hatte zuvor an vorderster Stelle die erneute schwere Eurokrise mit den rebellierenden Griechen derart gemeistert, dass die gewählte linke Syriza-Partei sich an der Frage des Grexit selbst zerlegte. Ähnliche Bewegungen wie Podemos in Spanien weiteten sich danach in den Euro-Krisenländern nicht mehr aus, eher im Gegenteil.

Im Ukraine-Konflikt war Frau Merkel ebenfalls tonangebend, als in Minsk Kompromisse gesucht wurden. Die deutsche Wirtschaft boomte weiter und zog als Lokomotive die gesamte EU mit bzw. verhinderte deren Auseinanderfallen, zumindest vorerst.

Kurzum: Im Sommer 2015 schien Frau Merkel die wichtigste Akteurin auf der gesamten politischen Weltbühne zu sein

Im absoluten Höhenrausch besuchte sie im August sogar das als No-Go-Area verschrieene Duisburg-Marxloh. Auch wenn sie real nichts versprechen oder ändern konnte, galt auch dies als sehr mutig und als Zeichen, dass die quasi-Überkanzlerin keinen Problemen aus dem Weg geht.

Für unser aller Landesmutti Angela Merkel, laut Time-Magazin später zur „Person des Jahres 2015“ gekürt, begann dann kurz später Anfang Sept. der fast unaufhaltbare Absturz.

Ihre legendären Sprüche „Das Asylrecht kennt keine Obergrenzen“ und „Wir schaffen das“



in Verbindung mit PR-trächtigen Selfies mit Flüchtlingen setzten ganze Völkerwanderungen aus vieler Herren Länder erst richtig in Gang, dafür ganze europäische Staaten in den Ausnahmezustand und erschütterten auch Merkels Deutschland ganz gehörig.

b.w.

Kräftig unterstützt von fast allen Medien konnten erst ein Zeitlang alle Kritik und Fragen der verunsicherten Bevölkerung als rechtspopulistisch bis rassistisch abgetan werden. Je mehr aber die meist überforderten Kommunen stöhnten und Eindämmung der Zuwanderung forderten, je mehr vergrößerten sich Kritik und Handlungsdruck bei der Regierung. Die Umfragewerte der vorher noch als eine Art Mutter Theresa hochgelobten Kanzlerin stürzten immer weiter ab.



Anstatt vor ihr Volk zu treten und zuzugeben, dass sie einen Fehler gemacht habe, verteidigte sie standhaft ihre Politik und vertröstete auf europäische Lösungen. Nach und nach aber versagte ihr ein Land nach dem anderen die Gefolgschaft, zum Jahresbeginn 2016 sogar Schweden, das Grenzkontrollen einführte. Ein Land nach dem anderen entlang der Balkanroute errichtete Grenzzäune, zuletzt sogar Österreich!

Das Jahr 2016 konnte kaum schlechter für Frau Merkel beginnen:

Ihre Neujahrsansprache mit den Durchhalteparolen war kaum ausgestrahlt, da war es von der rauen Wirklichkeit bereits in den Abfallkorb der Geschichte verbannt worden durch die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln und in vielen anderen Städten.

In aller Hektik und fast-Panik machte dann die Merkel-Regierung zweifelhafte Abkommen mit Maghreb-Staaten und sogar den Diktaturen in Sudan, Eritrea u.ä. und beging dann auch noch den verhängnisvollsten Fehler, den man in der schwierigen Lage machen konnte. Man vereinbarte das „Abkommen“ mit Erdogan, der als autokratischer Machtmensch die EU, insbesondere aber Deutschland, in ihrer Notlage völlig über den Tisch ziehen konnte. Die Strahlkraft dieser von Merkel hochgelobten „Lösung“ aber entsprach nicht einmal der einer Kellerfunzel. Dafür eskalierte Erdogan zusehends auch die innerdeutschen Konflikte zwischen Kurden und Türken sowie zwischen Türken und Deutschen.

Dass die AfD trotz fehlender wirklicher Alternativen raketenartig bei Wahlen zulegte, war eigentlich logisch und ähnlich wie in vielen anderen EU-Staaten auch, zuletzt in Österreich, wo die einstigen Volks- und noch-Regierungsparteien ÖVP und SPÖ bei der Präsidentschaftswahl auf Splitterparteiniveau abgestürzt sind.

In der wieder hervor gekommenen Euro- und Griechenlandkrise war im April/Mai von der vorher tonangebenden deutschen Regierung fast nichts mehr zu vernehmen. Und am 23. Juni stimmen auch noch die Briten über Brexit ab, ein Zugeständnis von Cameron an die AfD-Schwester UKIP mit ungewissem Ausgang und dem Hauptthema der Zuwanderungsfragen.



Nun thront also die einstige Weltenlenkerin Merkel über einem riesigen Trümmerfeld, nur 1 Jahr nach ihrem absoluten Höhenflug über und vor den malerischen Bergen in Elmau.

In allen EU-Staaten deutliche Ablehnung der Flüchtlingspolitik

Laut einer großangelegten Umfrage des Washingtoner Pew Research Center in 10 EU-Staaten sind die Europäer in großer Mehrheit unzufrieden mit der Flüchtlingspolitik der EU. Gewünscht wird eine Rückübertragung von Brüsseler Kompetenzen auf die nationale Ebene. Dennoch ist die Zahl der EU-Befürworter immer noch etwas größer als die der EU-Skeptiker. Die Zahl der Befürworter der bisherigen Flüchtlingspolitik ist überall geringer als ein Drittel der Bevölkerung! Auf die Frage, "Begrüßen Sie" oder "Lehnen Sie ab" die "Form, in der die EU mit der Flüchtlingskrise umgeht", entschieden sich in Griechenland 94 % für die negative Antwort. Es folgen Schweden (88 % Ablehnung vs. 10 % Befürwortung), Italien (77 % vs. 17 %) und Spanien (75 % vs. 21 %). Im Mittelfeld liegen Ungarn und Polen, deren Regierungen zu den frühesten Kritikern der vor allem in Berlin propagierten "Politik der offenen Grenzen" gehören. In Ungarn sind 72 % unzufrieden und 24 % zufrieden mit dem Management des Zustroms, in Polen 71 vs. 19 % und in Großbritannien (Befürworter: 22 %) und Frankreich (Befürworter: 26 %) jeweils 70 % Ablehnung.

Deutschland, das die umfangreichste Zuwanderung verkraften muss, liegt nahezu am Ende dieses Rankings. Aber mit etwa zwei Dritteln Ablehnung der Flüchtlingspolitik (67 %) und ihrer Befürwortung durch nur etwa jeden vierten Einwohner (26 %) haben sich auch die Deutschen inzwischen erkennbar von der "Refugee Welcome"-Euphorie verabschiedet. Dahinter folgen nur noch die Niederlande mit 63 % Ablehnung und 31 % Befürwortern.